

Ercheinungswelle: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Hg., Resten 50 Hg. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr nachmittags. — Fernsprecher 9.

Dienstag den 22. April 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten Mk. 2.35 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarnbezirk Mk. 2.76, im Fernverkehr Mk. 2.85, Beleggeld 50 Hg.

## Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

### Danzig den Polen in „Verwaltung“! — Die Frage der Kriegsverbrechen.

Paris, 19. April. (Havas). Der diplomatische Lagebericht besagt u. a.: Der Vlererrat versammelte sich am Karfreitag morgen. Er behandelte die Danziger Frage. Man soll die Bestimmung angenommen haben, wonach Danzig als Freie Stadt betrachtet wird, dessen Verwaltungsmantel den Polen gegeben wird. Wir sind in der Lage, neue Einzelheiten über den Inhalt des Vertragsentwurfs zu geben. Unabhängig von den militärischen, maritimen und flugtechnischen Bestimmungen, und den Satzungen über die Völkerliga wird der Vertragsartikel über die Entschädigungen, die Sanktionen und die Verantwortlichkeit enthalten, welche grundsätzlich die Verantwortlichkeit aller Urheber von Verbrechen und Greuelthaten während des Krieges feststellen. Eine genaue Inhaltsangabe wird ohne Zweifel an dem Tage veröffentlicht werden, an dem der vollständige Wortlaut den Deutschen mitgeteilt wird.

#### Eine polnische Kundgebung in Danzig.

Berlin, 22. April. In Danzig wurde am ersten Osterfeiertag eine polnische Protestversammlung veranstaltet. Die Polen aus Stadt- und Landkreis Danzig forderten die Kassibel und Danzig für Polen, das sonst nicht lebensfähig sei.

#### Weibliche Abgeordnete im englischen Unterhaus gegen die Regierungspolitik.

Amsterdam, 18. April. In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 15. d. Mts. teilte Churchill mit, daß wegen der letzten Ereignisse die Demobilisierung in Ägypten und Indien zeitweise unterbrochen werde. In derselben Sitzung kam es zu einer Skandaljane. Die bekannte Frauenrechtlerin Sylvia Pankhurst rief den anwesenden Mitgliedern der Regierung von der Galerie zu: „Ihr seid Mörder!“ Eine andere Frau schrie: „Ihr versucht die Arbeiter in einen neuen Krieg zu locken!“ Eine dritte Frau brachte ein Hoch auf die Sowjet aus.

#### Die Beschuldigungsfucht der Entente.

Bern, 19. April. Chicago Tribune schreibt, daß sich die Anklage außer gegen den Ex-Kaiser und den Ex-Kronprinzen auch gegen Hindenburg, Ludendorff und Tirpitz, sowie gegen eine gewisse Anzahl deutscher Offiziere richtet, die an der U-Boot- und Luftschiffkampagne hervorragenden Anteil hatten, sowie gegen die Kommandanten der Gefangenen- und der Konzentrationslager. Falls der Völkerbund nicht direkt beantragen werde, sich mit der Frage zu befassen, ob die Verurteilung nach internationalem Recht oder nach einem Schiedsspruch der Liga erfolgen soll, würden die Alliierten auf Ersuchen Belgens die Aburteilung des Kaisers in Erwägung ziehen. Man will wissen, daß Holland gewisse Zusicherungen über die Auslieferung des Kaisers gegeben habe. Das Blatt fährt fort: Die internationalen Juristen sind der Ansicht, daß die Prozesse, die gegen die Urheber des Krieges angestrengt werden können, mehr oder weniger ungesetzlich sind. Man glaubt daher in gewissen Kreisen, daß die Prozesse nicht stattfinden werden, sondern daß sie lediglich als Verdröpfung für das französische und das englische Volk angekündigt sind.

#### Die Unruhen in Indien und Ägypten.

London, 21. April. Die englische Presse vom 17. April bringt Nachrichten aus allen Teilen Indiens und Ägyptens über sehr ernste Unruhen, Ermordungen von Europäern und offenem organisierten Widerstand gegen die britischen Behörden. „Daily Telegraph“ stellt die grenzenlose Enttäuschung und Sorge des englischen Volkes über diese Mißstände fest. Man habe während des Krieges sich eingebildet, im Osten eine absolut treue Gefolgschaft zu haben; kein Engländer hätte sich derartige Vorkommnisse träumen lassen. „Daily Telegraph“ und die „Times“ bitten die Inder dringend, zur Vernunft zu kommen und der englischen Regierung keine weiteren Schwierigkeiten zu bereiten. Die Sorge darüber, daß das englische Kolonialheer den Unruhen nicht gewachsen sei, kommt in allen Zeitungen zum Ausdruck.

#### Eine offizielle Stimme zur Rede des engl. Premierministers.

(W.B.) Berlin, 19. April. Zur Rede Lloyd Georges bringt die „D. Allg. Ztg.“ offenbar aus offiziöser Quelle Ausführungen, in denen es u. a. heißt: Lloyd Georges letzte große Rede im Unterhaus brachte keine faßbaren Formulierungen. Solange das nicht geschieht, suchen die kriegsmüden Völker beim Vergleich der Reden aus den beiden Lagern vor allem nach Übereinstimmung, die eine Plattform für die Beratungen schaffen könnte. Graf Brockdorff-Rantzau hat seit seinem Amtsantritt in keiner Kundgebung den Hinweis auf den Völkerbund unterlassen. Der Völkerbunds-

gedanke wird der wahre Sieger in diesem Ringen sein. Aber was die Ententestaatsmänner als ihren Völkerbundsentswurf vorlegten, war nur ein Torso des Wilsonschen Gedankens oder vielmehr gerade sein Gegenteil: eine Liga zur Ausbeutung der besiegten Nationen. Jetzt hat Lloyd George den Gedanken des Völkerbunds abermals aufgegriffen und wir haben darauf nur die eine Antwort: Deutschland bekennet sich rückhaltlos zum Völkerbund, aber nur zu jenem Völkerbund, den Wilson vorgezeichnet hat und zu dem sich die alliierten Regierungen mit zwei auf die Freiheit der Meere und die Wiederherstellung des besetzten Gebiets bezüglichen Einschränkungen im November 1918 vor Abschluß des Waffenstillstands bindend verpflichtet haben. Die hier festgelegten Voraussetzungen, unter denen wir die Waffen niederlegten, dürfen nachträglich nicht mehr verwirft werden. Wir wollen an den Beratungen teilhaben mit dem ehrlichen Willen zu einem Frieden nach den versöhnlichen Ideen Wilsons. Aber wir fordern das auch von unsern Gegnern. Der Völkerbund darf nicht ein töndendes Nichts werden, so wie vor hundert Jahren die „Heilige Allianz“ genannt wurde. Um ein Siebzig-Millionen-Volk darf nicht wie um eine Sklavensarawane geschahert werden, sonst wird der Friedensschluß kein Heilmittel, sondern nur ein Palliativ. Ein strenger Frieden soll es sein, was das zustande kommt, aber streng muß er sein nicht nur für uns, sondern auch für alle Völker, die in diesen entsetzlichen Krieg verstrickt gewesen sind. Für alle Völker wird die Versammlung im Friedensrat eine strenge Prüfung ihres sittlichen Wertes werden. Und wehe der Menschheit, wenn die Mehrzahl der Völker diese Prüfung nicht besteht.

Es kommt den Siegern nicht und es kommt der gesamten Menschheit nicht, wenn dem Besiegten Haß und Gut abgepreßt, wenn ihm Land und Beute genommen, wenn er unfähig gemacht wird, sich wieder aufzuraffen und wirtschaftlich und politisch zu erheben. Ein verelendetes Mitteleuropa wäre für die siegreiche Entente genau so ein Fluch wie für uns ein verwüftetes und zu dauerndem Siedtum verurteiltes Westeuropa ein Fluch wäre. Diese Erkenntnis scheint ja auch dem englischen Premier aufzugehen, wenigstens glauben wir das aus den Sätzen seiner Rede entnehmen zu können, in denen er sagte: „Man hat in vielen Ländern die Grundlagen der Gesellschaft in den Staub stürzen sehen und es besteht jetzt die Gefahr, daß die Welt in Trümmer geht. Wir wollen mit allen unsern Kräften ehrlich daran arbeiten, das allgemeine Chaos, das der Welt droht, zu verhüten. Dieses Chaos kann durch das Hungerdelirium gezeugt werden. Es besteht jetzt die Gefahr, sagte Lloyd George, daß die Welt in Sünde geht, wenn das Gespenst des Hungers durch das Land schleicht. Hier handelt es sich nicht um ein von den Deutschen an die Wand gemaltes Gespenst, sondern um eine tatsächliche Gefahr für die ganze Welt, von der nur die zielbewusste gemeinsame Arbeit aller Nationen retten kann. — Voraussetzung für diese gemeinsame Arbeit ist aber gegenseitiges Vertrauen und — das sei immer wieder betont — ein Frieden, der keine Sünde gegen den heiligen Geist des Völkerbundes bedeutet. Nur von einem Frieden, der den 14 Wilsonpunkten entspricht, ist jener Abschnitt der Welttragödie zu erhoffen, der die reinigende Entladung über die die Gemüter bedrückenden Affekte endlich bringt.“

## Deutschland.

### Bevorstehende Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Bayern.

München, 19. April. Wegen Kohlenmangels wird, wie die Eisenbahndirektion auf Veranlassung des Verkehrsministeriums mitteilt, in den allerersten Tagen der gesamte Personenverkehr in Bayern eingestellt. Das Publikum wird daher gewarnt, Reisen zu unternehmen, da mit der Rückfahrt nicht zu rechnen ist.

### Befegung von Augsburg.

Augsburg, 21. April. Größere gemischte bayerische und württembergische Truppeneinheiten haben am Ostermontag früh die Stadt Augsburg besetzt. Infolge des Widerstandes der Kommunistenanhänger kam es zu Straßenkämpfen, bei denen es auf beiden Seiten eine größere Anzahl Tote und Verwundete gab. Ueber Augsburg wurde der Kriegszustand verhängt. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr abends festgesetzt. Ansammlungen und Versammlungen sind bis auf weiteres verboten.

### Dernburg Reichsfinanzminister.

Berlin, 19. April. Der Reichspräsident hat heute Abend die Ernennung von Erzengel Dernburg zum Reichsminister für Finan-

zen vollzogen. Reichsminister Dr. Dernburg wird gleichzeitig das Amt des Vizepräsidenten des Reichsministeriums übernehmen.

### Strenge Jagd.

Berlin, 19. April. Reichswehrminister Noske hat der Reichs- Arbeiterkammer laut „Vossischer Zeitung“ mitteilen lassen, daß Helmrich von Preußen, auf dessen Gut Waffen gefunden wurden, zur Reichenschaft gezogen und Graf Mirbach, der die Waffen verheimlicht, händredlich verfolgt werden soll.

### Wien als zweite deutsche Hauptstadt.

(W.B.) Berlin, 19. April. Die „Germania“ meldet: Die politischen Informationen hören, dürfte es sich bei den hier vorstehenden deutsch-österreichischen Beratungen über die Frage, wie sich die Stellung Wiens als zweite Reichshauptstadt gestalten soll, um österreichische Wünsche handeln, wie um die zeitweise Verlegung des Wohnsitzes des Reichspräsidenten nach Wien, so daß die Stadt als zweite Residenz des Präsidenten bezeichnet werden kann, ferner eine Verlegung von Reichsämtern, sowie eine zeitweise Tagung des Reichsparlaments in der Donaufstadt.

## Die Frage der Friedensverhandlungen.

Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission der Alliierten in Spaai hat am Ostermontag der deutschen Waffenstillstandskommission ein Telegramm des Obersten Kriegsrats der Alliierten überreicht, nach welchem die deutsche Regierung ersucht wurde, Vertreter zu bestellen, die am 25. April nach Versailles zur Entgegennahme der Bedingungen geführt werden sollten. Es war in dem Telegramm aber die Bemerkung enthalten, die deutschen Delegierten sollten strengstens auf ihre Rolle beschränkt bleiben, und nur Personen umfassen, die ihre eigene Mission bestimmt seien. Die deutsche Regierung sah diese eigentümliche, aber für die übermütige, dünkelhafte Haltung der Alliierten charakteristische Nachricht so auf, daß man den deutschen Delegierten in Versailles die Vorbedingungen vorlesen werde, und daß diese dann Zeit erhalten werden, um sie zur Kenntnis der deutschen Regierung bringen zu können. Der deutsche Außenminister hatte deshalb zwei deutsche Diplomaten bestimmt, die dieses formale Geschäft zu erledigen gehabt hätten. Aber als den Alliierten diese zügliche Nachricht zuging, da scheint den Herren ob ihrer wortkargen und unklaren Benachrichtigung doch Bedenken gekommen zu sein, denn nun waren sie imstande, der deutschen Regierung wenigstens in größerem Umfang anzugeben, was sie von den deutschen Delegierten in Versailles eigentlich verlangen wollten. Die Antwort der Entente lautete nämlich, die alliierten und assoziierten Regierungen können keine Abgeordneten empfangen, die lediglich zur Entgegennahme des Wortlauts der Friedensartikel ermächtigt sind, so wie es die deutsche Regierung vorschlägt. Vorgeschlagen hat das die deutsche Regierung nicht, aber sie mußte angesichts der rüpelhaften Haltung der Alliierten annehmen, daß die Entente ein solches Verfahren, das keine Verhandlungen zuließ, anzuwenden beliebe. Die Alliierten teilten mit, sie seien verpflichtet, zu fordern, daß die deutsche Regierung Bevollmächtigte nach Versailles entsende, die ebenso vollständig ermächtigt seien, die Gesamtheit der Friedensfragen zu verhandeln wie die Vertreter der alliierten Regierungen. Natürlich beillte sich der deutsche Außenminister der alliierten Waffenstillstandskommission mitzuteilen, daß man nun solche Bevollmächtigte Vertreter bestellt habe, die zur Abfahrt nach Versailles bereit seien. Es sind der deutsche Außenminister selbst, der Reichsjustizminister Dr. Landsberg (Soz.), der Reichspostminister Giesberts, (Führer der christlichen Gewerkschaften) der Präsident der preussischen Landesversammlung Lohner (Soz.), Dr. Karl Melchior und der bekannte Völkerrechtslehrer Universitätsprofessor Schücking-Marburg, einer der Führer der deutschen Friedenspartei. Diese Männer werden aber nur unter der Voraussetzung nach Versailles gehen, daß im Aufschluß an die Uebergabe des Entwurfs der Vorbedingungen Verhandlungen über deren Inhalt beabsichtigt werden, daß also die deutschen Vertreter Gelegenheit erhalten, ihre und damit die Auffassung der deutschen Regierung zu den Bedingungen zur Geltung zu bringen. Außerdem wird an die Entsendung der oben genannten Personen die Bedingung geknüpft, daß den deutschen Vertretern die Zusicherung gegeben werde, daß ihnen während ihres Aufenthalts Bewegungsfreiheit, sowie freie Benutzung von Telegraph und Telephon zum Verkehr mit der deutschen Regierung gewährleistet werde. Auch hat sich die deutsche Regierung vorbehalten, noch besondere Sachverständige zu einzelnen Friedensfragen nachträglich zu ernennen. Die deutsche Regierung wartet nun ab, wie sich die Alliierten zu der deutschen Antwort und den deutschen Bedingungen stellen werden. Werden sie angenommen, dann kann, wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ wahrscheinlich von amtlicher Seite unterrichtet schreibt, die deutsche Friedensabard-

## Ämliche Bekanntmachungen.

Oberamt Calw.

Betreffend Notstandsarbeiten.

Um den Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften die Inanspruchnahme von Notstandsarbeiten in möglichst großem Umfang zu ermöglichen, werden unter bestimmten Voraussetzungen aus Reichs- und Staatsmitteln Zuschüsse gewährt (vergl. Verfügung des Arbeitsministeriums betreffend Ueberleitungsbeihilfen vom 25. Febr. und 19. März 1919, Staatsanzeiger Nr. 48 und 67 von 1919). Dadurch soll eine tunlichst große Zahl von Arbeitslosen nutzbringender Beschäftigung zugeführt und durch eine Verteilung der Erwerbslosen über das ganze Land eine Entlastung der größeren Städte und Industrieviertel erreicht werden. Zu Notstandsarbeiten sollen nur Arbeiter herangezogen werden, die ohne diese Beschäftigung der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen würden. Keinesfalls dürfen durch die Notstandsarbeiten Arbeitskräfte anderen dringenden Arbeiten, wie insbesondere der Landwirtschaft, entzogen werden. Diese Zwecke können aber nur erfüllt werden, wenn die Zuweisung der Arbeitskräfte für Notstandsarbeiten durch die öffentlichen Arbeitsnachweise erfolgt, welche allein die erforderliche Ueberleitung über den Arbeitsmarkt haben und den nötigen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem schnellsten Weg herbeiführen können.

Es wird deshalb nachstehende Anordnung des Staatskommissars für die Demobilisierung bekanntgegeben:

1. Bei Notstandsarbeiten, für welche Ueberleitungsbeihilfen nachgefordert werden, dürfen nur Arbeiter eingestellt werden, die von öffentlichen Arbeitsnachweisen überwiesen worden sind. Ohne Vermittlung des öffentlichen Arbeitsnachweises können an Orten ohne Arbeitsamt eingestellt werden:

1. Einheimische Arbeitslose, die sonst der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen würden;
2. gelernte Facharbeiter, die durch öffentliche Arbeitsnachweise nicht vermittelt werden können und deren Einstellung zur Ausführung der Notstandsarbeiten notwendig ist;
3. Arbeitskräfte, die nur vorübergehend auf die Dauer von höchstens einer Woche eingestellt werden.

Doch darf die Zahl der ohne Vermittlung des öffentlichen Arbeitsnachweises eingestellten Arbeiter keinesfalls ein Drittel der jeweiligen Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter übersteigen.

2. Die zur Zeit des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung

am 28. April abtreten, also frühestens am 1. Mai die in Paris aufgestellten Friedensbedingungen in Empfang nehmen. Wenn sich herausstellt, daß die Gegner die Absicht hätten, in wirklich ernsthaften Verhandlungen einzutreten, dann sollte sofort eine zweite Abteilung von deutschen Vertretern nachgezogen werden, zu der vor allem 40 Sachverständige des deutschen Wirtschaftslebens gehören. Auch die Zulassung einer Reihe von Pressevertretern wird verlangt. Aus der zu erwartenden Antwort werden wir also schon zu erkennen vermögen, ob die Alliierten einen Diktat- oder Verhandlungsfrieden planen.

Was man von Paris und London aus hört, das wird jedenfalls nicht mit den Wilsonschen Grundsätzen in Einklang gebracht werden können. Es ist klar ersichtlich, daß der Völkerbund nicht in der von Wilson zur Ueberwälzung der Welt gepredigten Form Lausache werden wird, wonach alle Völker gleichberechtigten Anteil an den Pflichten aber auch an den Rechten seiner Mitglieder hätten. Es wird heute schon aus New York gemeldet, daß man zum dauernden Schutze Frankreichs ein Defensivbündnis zwischen Frankreich und England und Amerika schließen werde, das Frankreich im Falle eines Angriffs die sofortige militärische Unterstützung der beiden angrenzenden Staaten sichere. Das verstößt schon gegen die Grundsätze des Wilsonschen Völkerbundes, nach denen Sonderbündnisse innerhalb des Bundes ausgeschlossen sind. Außerdem soll Belgien von seinen Neutralitätsoberpflichtungen entbunden werden. Es wird also dann dauernd als englisch-französisches Sprungbrett gegen Deutschland benutzt werden können, wodurch wir in die denkbar schwierigste strategische Situation gegenüber den uns feindlich gesinnten Westmächten kommen würden. Unsere Seemacht wird zu einer solchen dritten Ranges degradiert werden, und damit Englands Zweck erfüllt. Ueber Elsaß-Lothringen wird gar nicht gesprochen werden, weil die Entente eine Abstimmung der elsaß-lothringischen Bevölkerung als überflüssig erklärt. Dabei ist festgestellt worden, daß die Bewegung, die ein selbständiges Elsaß-Lothringen erstrebt, im Wachstum begriffen ist, ja selbst Herr Wetterlé verlangt eine besondere Verhandlung für die Elsäßer, weil er wohl erkannt haben dürfte, daß die Elsäßer keine Franzosen sind. Dazug soll Freihafen werden. Und was man mit den deutschen Kolonien vorhat, können wir heute auch noch nicht sagen.

Aber allen Raub- und Unterdrückungsabsichten gegenüber werden die deutschen Vertreter auf die Verpflichtungen hinzuweisen haben die die Alliierten anlässlich des Abschlusses des Waffenstillstandes durch Anerkennung der Wilsonschen Grundsätze übernommen haben.

O. S.

## Bermischte Nachrichten.

Wesentliches Fallen der Preise in nördlichen Ländern bei Vorhandensein der Waren.

Überall ruft man nach Aufhebung der öffentlichen Zwangsbeschäftigung. Allein es unterliegt für den objektiven Beobachter unserer heutigen Tage in Deutschland keinem Zweifel, daß, wenn unter den jetzigen Umständen plötzlich die öffentliche Bewirtschaftung preisgegeben würde, das für den weitaus größten Teil der Bevölkerung Hunger und Elend in noch weit größerem Maße bedeuten würde, weil bei dem geringen Vorrat an allem die Preise ganz von selbst in die Höhe schnellen würden, weil dann der zahlungsfähige Teil der Bevölkerung noch bedeutend mehr Lebensmittel an sich ziehen würde, als ihm zusteht und weil es der minderbemittelten Bevölkerung nicht mehr möglich wäre, die notwendige Ration zu erhalten. In absehbarer Zeit würden chaotische Zustände kommen. Man sieht es heute schon bei einzelnen Produkten. In Norddeutschland mußte die Bewirtschaftung der Eier freigegeben werden,

bereits eingestellten Arbeiter, die vor dem Krieg oder während des Krieges nicht bloß vorübergehend und ausbittungsweise landwirtschaftlich beschäftigt waren, dürfen bei den Notstandsarbeiten nur noch bis zum Beginn der landwirtschaftlichen Frühjahrsbearbeitung beschäftigt werden und sind dann zu entlassen.

3. Die öffentlichen Arbeitsnachweise dürfen für Notstandsarbeiten nur solche Arbeitskräfte vermitteln, für die andere Arbeit am Orte nicht vorhanden ist. Liegt ungedeckter auswärtiger Bedarf an Arbeitskräften für landwirtschaftliche Arbeiten beim Arbeitsnachweis vor, so darf dieser zu Notstandsarbeiten nur solche Personen vermitteln, bei denen auf Grund der Bestimmung über Erwerbslosenfürsorge (§ 8 der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung vom 14. März 1919, Staatsanzeiger Nr. 74 von 1919) die Fortgewährung der Unterhaltungen von der Annahme dieser offenen Stellen in der Landwirtschaft nicht abhängig gemacht werden kann.

4. Die Gewährung des Ueberleitungsbeihilfen aus Reichs- und Staatsmitteln wird ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß die Bescheide der Ziff. II und III beachtet werden. Für alle Notstandsarbeiten, für die Ueberleitungsbeihilfen beantragt sind oder beantragt werden, ist alsbald der sozialen Abteilung für Arbeitsbeschaffung beim Arbeitsministerium eine Ueberleitungsbescheinigung, aus der hervorgeht:

1. Zahl der einheimischen Arbeiter;
2. Zahl der auswärtigen Arbeiter;
3. Zahl der nicht durch die Bezirksarbeitsämter vermittelten Arbeitskräfte;
4. Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte.

Der Ueberleitungsbescheinigung ist zutreffendenfalls eine Bescheinigung des zuständigen Bezirksarbeitsamtes beizufügen, aus der hervorgeht, daß die Inanspruchnahme des Arbeitsamtes ohne Erfolg versucht worden ist.

5. Diese Verfügung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Den 15. April 1919.

Oberamtmann Gös.

Oberamt Calw.

Anerkennung von Schafstammzuchten durch die Württ. Zentralstelle für die Landwirtschaft.

1. Die Zentralstelle beabsichtigt, bei württ. Schafzüchtern Stammzuchten des württ. veredelten Landschafts anzuerkennen. Das Zuchtziel des württ. veredelten Landschafts geht auf ein frohwüchsiges, gesundes, abgehärtetes, für ausgedehnten Weidgang und zum Pfenden geeignetes Schaf mit guten Fleischanlagen und gutem Wollsertrag.

Stammzuchten werden für folgende Zuchtzeichnungen des

württ. veredelten Landschafts anerkannt:

1. Schafe mit gleichmäßiger Verdaulichkeit von Fleisch und Wolle:

1. mit einer durchschnittlichen Wollfeinheit A;

2. mit einer Wollfeinheit A-B.

2. Schafe mit besonderer Verdaulichkeit von Fleisch und einer durchschnittlichen Wollfeinheit B-C.

Für die Anerkennung von Stammzuchten wird gefordert:

a) daß die Herde gesund ist, züchterisch auf der für Stammzuchten erforderlichen Höhe steht und das Zuchtziel klar zu erkennen ist;

b) daß der Zuchtbetrieb ein geordneter ist, sowie daß Zuchtbücher geführt werden und die Abstammung der Tiere in einwandfreier Weise nachgewiesen werden kann.

Gesuche von Schafzüchtern um Anerkennung ihrer Herden als Stammzuchten sind bis zum 1. Mai 1919 bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft einzureichen. In jedem Gesuch sind folgende Angaben zu machen:

Name und Wohnort des Schafzüchters;  
Weiden, auf denen die Schafe laufen;  
Art der Winterfütterung;  
Zahl der zur Zucht benützten Böde;  
Zahl der zur Zucht benützten Mutterchafe;  
Zuchtzeit der Herde;  
Zeitpunkt des Beginns und Art der Zuchtbuchführung, sowie der Kennzeichnung der Zuchttiere und ihrer Nachkommen.

Die zur Anerkennung angemeldeten Herden werden durch eine von der Zentralstelle bestellte Kommission von Sachverständigen besichtigt werden. Auf Grund des von dieser Kommission erstatteten Berichts wird von der Zentralstelle eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob die Herde als Stammherde anerkannt wird oder nicht. Die anerkannten Stammzuchten werden öffentlich bekannt gegeben werden.

II. Schafzüchter, deren Herden zurzeit den für die Anerkennung als Stammzuchten zu stellenden Anforderungen noch nicht entsprechen und die beabsichtigen, ihre Herden später zur Anerkennung anzumelden, werden ersucht, der Zentralstelle hieron bis zum 1. Mai d. J. Mitteilung zu machen. Die Zentralstelle wird hierauf die Besichtigung der Herden veranlassen und für die Beratung der betreffenden Züchter darüber, ob Aussicht für die Anerkennung in absehbarer Zeit besteht und welche Maßnahmen inzwischen getroffen werden müssen, Sorge tragen. Den 11. April 1919. Oberamtmann Gös.

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. April 1919.

Schweinefleischerzeugnisse aus dem Ausland.

Die auf Württemberg entfallenden Mengen der einzuführenden Schweinefleischerzeugnisse sind im Anrolen begriffen. Es handelt sich um nicht unerhebliche Bestände, deren Lieferung einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Zur Ersparnis von Lagerkosten muß die Ware jeweils sobald als möglich weitergeleitet werden. Eine gleichzeitige Belieferung der württ. Kommunalverbände ist daher nicht möglich. Nach der Anweisung des Reichs Ernährungsministeriums müssen zunächst die großen Städte und Industriegebiete versorgt werden und erst nach diesen die ländlichen Bezirke. Es ist aber anzunehmen, daß auch die Belieferung der ländlichen Bezirke nur wenig später als die der industriellen Orte erfolgt.

Eine Denkschrift über gesetzgeberische Maßnahmen auf sozialem Gebiete.

Der Reichsarbeitsminister hat der Nationalversammlung eine umfangreiche Denkschrift über die seit dem 9. November 1918 gesetzgeberischen und sonstigen wichtigeren Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialpolitik vorgelegt. Aus dem Inhalt seien hervorgehoben die Schaffung eines neuen Arbeitsrechts, das der Aufhebung des vaterländischen Hilfsdienstes naturgemäß folgen mußte; die Arbeiter- und Angestelltenauschüsse, die durch das Hilfsdienstgesetz zum ersten Male als Pflichteinrichtung vorgeschrieben waren, waren auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen. Die Regelung des Tarifvertragswesens konnte, wenn auch nur auf Hauptpunkte beschränkt, gesetzlich werden. Besonders erwähnenswert sind die unablässigen Bemühungen des Reichsarbeitsministers, die Verhältnisse in dem für unser Wirtschaftsleben unentbehrlichen Kohlenbergbaubetrieb zu klären. Die Errichtung von Arbeitskammern wurde angekündigt und zuerst für das Bergbaubetrieb der Ruhr und in Oberschlesien angeordnet. Diese Organe sind zugleich berufen, bei der Sozialisierung im Kohlenbergbau mitzuwirken. Von der größten Bedeutung ist die Wiederherstellung des Arbeiterrechtes wie vor dem Kriege und die gesetzliche Festlegung der achtstündigen Arbeitszeit.

Vorzubereiten war ein umfassendes sozialpolitisches Programm zu den Friedensverhandlungen, dessen Hauptpunkte wir seinerzeit veröffentlicht haben. Angestrebt wurde dabei eine internationale Regelung der Freizügigkeit durch Beseitigung von Aus- und Einwanderungsverboten, also eine Frage, die auch bei den Völkerbundsverhandlungen in Paris in anderem Zusammenhang berührt wurde, ferner Freiheit des Koalitionsrechts, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den inländischen, hinsichtlich der Arbeitsbedingungen Tarifabschlüsse usw., Verbot der Anwerbung von Arbeitern für das Ausland. Besonders wichtig ist der Vorschlag der Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Betriebsunfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit, der Hinterbliebenen- und Mutterschaftsversicherung und die Ausdehnung dieser Versicherungen auf die Heimarbeiter, sowie auf die ausländischen Arbeiter für die Dauer ihrer Beschäftigung. Ebenfalls Bestimmungen wurden erstrebt für den Arbeiterschutz und die Arbeitshygiene, sowie deren Ueberwachung durch eine besondere Arbeitsaufsichtsbehörde. Die Durchführung dieser Bestimmungen sollte durch internationale Konferenzen und eine ständige internationale Kommission in Führung mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel gesichert werden.

Ferner fand die Krankenversicherung eine Anpassung an die neue Zeit, ebenso die Rentenzulagen der Unfall- und Invalidenversicherung. Tief eingreifende Maßnahmen erforderte und erhielt das Wohn- und Siedlungswesen. Mitbeteiligt war das Reichsarbeitsministerium an den gesetzgeberischen Maßnahmen zur Beseitigung ausreißender Erwerbslosenzunahme.

weil keine Eier mehr abgeliefert wurden. Für 150 Mark oder noch mehr (!) kann man jetzt dort Eier haben, so viel man will. Kaninchen kann man in Berlin in jedem Laden zu 35 bis 40 M das Stück haben. „Kaninchenwurst“ und „Ziegenwurst“ — hergestellt aus Schweine-, Rind- und Pferdefleisch, weil es so viele Kaninchen und Ziegen gar nicht gibt — kann man auch überall für 15 Mark das Pfund erwerben. Das ist der Preis, der durch Angebot und Nachfrage erzielt wurde. Würde ein größerer Teil der Bevölkerung die Möglichkeit haben, diese Preise zu bezahlen, die Nachfrage nach diesen Produkten also größer sein, dann würde der Preis bestimmt noch höher steigen, bis wieder ein Teil der Bevölkerung, der die nötigen Mittel nicht dazu hat, auscheiden müßte, bis also wieder das Verhältnis von Angebot und Nachfrage reguliert wäre. Auch der sogen. Marktpreis richtet sich nach dem oben bezeichneten Grundsatz.

Ganz anders ist natürlich die Wirkung der Aufhebung der Zwangswirtschaft in solchen Ländern, wo genügend Lebensmittel und andere Waren seit Kriegsende vorhanden sind.

So wird vom Deutschen Reichswirtschaftsministerium in den „Nachr. f. Handel, Ind. u. Landw.“ berichtet, daß in Schweden die Rückkehr zum freien Handel auf dem Lebensmittelmarkt noch ehe dem Privatvorgehen volle Bewegungsfreiheit eingeräumt sei, interessante und vielfach überraschend Bilder biete. Die Kaufkraft, die noch vor wenigen Monaten bei knappem Warenzugang und trotz hochgetriebener Preise sehr lebhaft war, ist bei fallenden Preisen und reichlicherer Versorgung fast ganz ins Stocken gekommen. Der Markt werde von Waren überschwemmt, die keinen Absatz finden. Es zeige sich eben, daß die Vorräte im Lande überall tatsächlich größer gewesen wären, als man allgemein angenommen hatte. Die Kaufkraft laufe nicht mehr auf Vorrat, sondern nur immer den Tagesbedarf ein. Nach Lebensmitteln, um die, als sie rationiert waren, kürzlich noch der reine Wettlauf stattfand, seige man kaum noch. Gleichzeitig werde der Markt von den Massen der Kriegswucherer überschwemmt, die in Ausnützung der Konjunktur noch zu retten suchen, was irgend zu retten sei. Das gelte ganz besonders von den Kolonialwaren, deren Preis bis auf ein Zehntel des kürzlich bestellten heruntergegangen sei. Hier tritt also die freie Preisbildung durch Angebot und Nachfrage wieder in ihre Rechte. Allen Höchstpreisbestimmungen zum Troh fangen Erzeuger und Händler wieder an, sich untereinander zu unterbieten. Mit Brot hat es begonnen, Gemüse, Käse, Feringe, Speck, Kartoffeln folgen, eines nach dem andern. Die Verbraucher sind nicht mehr so ausschließlich an einzelne Geschäfte für den Bezug ihrer Lebensmittel gebunden und wenden sich an die Quellen, wo sie die besten Erfahrungen gemacht hatten.

Die Geschäftsleute müssen ihrerseits wieder zu den alten Waffen der Reklame und der Anzeige greifen. So häufen sich in den Zeitungen wieder die Anzeigen, in den Schaufenstern die Anpreisungen und Preisauszeichnungen.

Billige Anzüge in der Schweiz.

Um die weniger bemittelte Bevölkerung in der Schweiz bekleden zu können, ist bereits vor längerer Zeit in der Schweiz die Einführung des Einheitsstiches (Volkstuches) beschlossen worden. Dieses wird aus reiner Wolle, wie aus Halbwole in den verschiedenen Farben und Mustern hergestellt. Die sog. Volkstuch A. G. in Lugern vertreibt zum Selbstkostenpreis die Ware und auch daraus angefertigte Anzüge an die Kommunalverbände, Organisationen, sowie an Einzelhändler und zwar die halbwoollenen Beschaffenheiten zu 19 Fr., die ganz wollenen zu 29 Fr. für das Meter, die Anzüge kosten 105 Fr. bzw. 140 Fr. Den Einzelhändlern wird sogar noch ein gewisser Rabatt gewährt zur Deckung ihrer Unkosten. Die Waren sollen allseits befriedigen.

Aufgaben, an der Schaffung der bedingten Wiedereinstellungs-  
pflicht der früheren Arbeitgeber. Sehr wesentliche Mitarbeit  
leistete das Reichsarbeitsministerium auch an den Verordnun-  
gen für die wirtschaftliche Demobilisierung. Die Unterbrin-  
gung der zurückflutenden Arbeitermassen erforderte eine Riesen-  
arbeit. Die Rohstoffe fehlten ebenso wie die Ausrüstung, die  
eine Beschäftigung in größerem Ermöglicht hätten. Trotz allem  
hat die Arbeiterkchaft insbesondere gesetzliche Garantien für  
ihre Existenz erhalten.

#### Aufruf zur Gründung von Volksbildungs-Vereinen!

Wir erhalten folgenden Aufruf zur Veröffentlichung: Die Not  
der Zeit hat in breiten Kreisen unseres Volkes das Bedürfnis nach  
einem geistigen Neuaufbau unseres Volkslebens geweckt. Dabei kann  
es sich aber nicht nur darum handeln, durch gelegentliche Unterhaltung  
und Belehrung die Neugier zu befriedigen oder die Zeit angenehm  
auszufüllen. Das ist gewiß auch schon etwas wert, aber wahre Volks-  
bildung muß viel tiefer gehen. Sie darf sich an den vor dem Krieg  
begangenen Wegen nicht begnügen, denn wahre Volksbildung heißt  
Befähigung des ganzen Volkes zum bewußten Kulturleben der  
Nation. Diese hohe Aufgabe erfordert eine Zusammenfassung aller  
schaffenden Kräfte zu gemeinsamer Arbeit an der inneren Hebung  
unseres Volkes. Der Verein zur Förderung der Volksbildung,  
Stuttgart, hat bisher schon mit großem Erfolg in diesem Sinne ge-  
arbeitet. In einer Reihe von Orten haben sich im engsten Anschluß  
an den Verein Volksbildungsvereine gebildet oder sind im Entstehen  
begriffen. Mitte Mai ist ein Volksbildungstag in Stuttgart geplant.  
Die freie Volksbildung ist im Begriffe eine große Kulturbewegung  
zu werden. Es ergeht an alle, die sich dazu berufen fühlen, die Auf-  
forderung: Gründet Volksbildungsvereine, macht Ernst mit der  
Sozialisierung der Kulturgüter! Unser Volk hat ein Recht darauf,  
unser ganze Zukunft hängt daran, denn der Volksstaat ist ohne  
Volksbildung unmöglich. Aber es muß rechte Volksbildung sein.  
Nur nicht bloß Betrieb machen. Das erzeugt Halb- und Viertels-  
bildung und ist das schlimmste Geschenk, das man einem Menschen  
und einem Volk geben kann. Darum nochmals: Gründet Volks-  
bildungsvereine, schreitet zur Tat! In Zukunft und Rat ist der  
Verein zur Förderung der Volksbildung, Stuttgart, Hölzleinstr. 50,  
jederzeit gerne bereit.

#### Betriebsräte in Württemberg.

Am 28. April fand im Arbeitsministerium in Stuttgart eine Sit-  
zung von Unternehmern und Arbeitervertretern unter Vorsitz des  
Arbeitsministers Schlichte statt, die sich mit der gesetzlichen Einführung  
von Betriebsräten befaßte. In der eingehenden Aussprache kam von  
allen Seiten übereinstimmend zum Ausdruck, daß die Betriebsräte  
ein Mittel werden könnten, die Arbeiterschaft bei der kaufmännischen  
und technischen Leitung mitwirken zu lassen. Ein Gesetzentwurf, der  
in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Maßnahmen der Reichs-  
regierung ausgearbeitet wird und die Rechte und Pflichten der Betriebs-  
räte festlegen soll, wurde vom Arbeitsminister in Aussicht genommen.

#### Agitation gegen den Grenzschutz.

Des öfteren hört man, daß vom Grenzschutz in die Heimat  
kommende Leute die Verhältnisse beim Grenzschutz in recht  
schwarzen Farben schildern. Der Wert solcher Schilderungen  
kennzeichnet sich dadurch, daß es sich in der Regel um Leute  
handelt, die wegen Untauglichkeit und nicht einwandfreier  
Moral aus der Truppe entlassen worden sind und sich dafür  
durch grundlose Verdächtigungen zu rächen suchen. Wie wir  
von gutunterrichteter Seite erfahren, herrscht beim Grenzschutz  
im allgemeinen ein erfreulich gutes Verhältnis zwischen den  
Vorgesetzten und Untergebenen und eine zuverlässige Stim-  
mung. Zweifelsohne sind auch heute noch manche schlechte  
Elemente darin oder drängen sich, von Spartakus zu agitatori-  
schen Zwecken geadelt, zur Anwerbung. Doch sind die Trup-  
pen (Offiziere wie Mannschaften) selbst auf der Hut und  
scheiden diese räudigen Schafe aus ihrem Verbande aus, wo sie  
sich bemerkbar machen. Die üble Nachrede der Ausgestoßenen  
kriecht die Truppe nicht. Als Verrat ehemaliger Kampfgefähr-  
ten aber muß sie niedriger gehängt werden, sie kommt nur  
unsern Gegnern zugute.

#### Berufswahl für Mädchen.

Von berufener Seite wird uns geschrieben:  
Das Schuljahr geht seinem Ende entgegen. Wieder steht  
eine große Anzahl junger Menschen vor der schwierigen Frage  
der Berufswahl. Besonders schwierig ist diese Frage im Augen-  
blick für die Mädchen. Die Textil- und Bekleidungsindustrie,

die für zahlreiche Mädchen vor dem Krieg Arbeit und Ver-  
dienst boten, liegen darnieder infolge des Fortdauerns der  
Rohstoffblockade. Die Stellen, die während des Krieges den  
Mädchen offen standen, kommen zum größten Teil nicht mehr  
in Frage, teils wegen des Aufhörens der Rüstungsindustrie,  
teils auch weil die vom Felde zurückgekehrten Kriegsteilnehmer  
ihre alten Posten wieder einnehmen. Insbesondere zeigt sich  
dies in den kaufmännischen Berufen. Zwar sind gut geschulte,  
erfahrene weibliche Kräfte auf diesem Gebiet noch immer ge-  
sucht. Aber die große Schaar der mangelhaft Ausgebildeten  
ist erwerbslos geworden. Es wird daher dringend gewarnt,  
sich den überfüllten Schreibberufen zuzuwenden. Es wird ins-  
besondere gewarnt vor dem Besuch kurzfristiger Handelskurse  
(länger als 1 Jahr), die nur eine ungenügende Ausbildung  
vermitteln können und deren Schülerinnen unter den jetzigen  
Verhältnissen keine Aussicht auf Beschäftigung haben.

Aussicht auf befriedigende Beschäftigung bietet sich für die  
Schulclassen Mädchen: 1. in der Landwirtschaft, wo es noch  
immer an Arbeitskräften fehlt. Wer vom Lande stammt, wird  
dringend gewarnt, in die Stadt zu ziehen. Es ist in den grö-  
ßeren Städten gegenwärtig für ein junges Mädchen schon  
schwer, nur ein ordentliches Zimmer zu finden. Und die Nah-  
rungsmittel sind bedeutend knapper als auf dem Lande. Auch  
ist die Arbeit im Freien am allergefundensten für Körper und  
Seele des jungen Menschen. Stolz sollte jedes Mädchen sein,  
wenn es mithelfen darf, das Brot für unser Volk zu säen und  
zu ernten. Aussicht und Verdienst bietet sich 2. in häuslichen  
Diensten aller Art. Freie Wohnung und Kost sind oft höher  
zu werten als die scheinbar so verlockenden Löhne in der Indu-  
strie. Auch ist eine gute Dienststelle die beste Schule für die  
tätige Hausfrau und Mutter. Kein Mädchen sollte sich der  
Hausarbeit schämen. Im Gegenteil wird jedermann ein tüch-  
tiges Dienstmädchen höher achten als ein mangelhaft ausgebil-  
detes und daher untüchtiges Bürofräulein. Mädchen, die nicht  
darauf angewiesen sind, sofort ihren vollen Unterhalt zu ver-  
dienen, können auch als Lehrlinge in den weiblichen Hand-  
werken (Schneiderei, Putzmacherei usw.) sich ausbilden. Eine  
sorgfältige Ausbildung wird immer ihre Früchte tragen.

Die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten werden vermittelt  
durch die städtischen Arbeitsämter.

Unser Vaterland wird, wenn erst der Friede geschlossen ist  
mehr denn je der Arbeitskraft aller seiner Glieder, auch der  
Mädchen und Frauen bedürfen. Unser Vaterland bedarf vor  
allem tüchtiger Hausfrauen und Mütter. Darum sollten alle,  
die jetzt keine geeignete Erwerbsarbeit finden können, die Zeit  
benützen, um zu lernen, um ihre Fähigkeiten auszubilden.  
Gelegenheit hierfür in weitestem Maße zu schaffen, hat die Ab-  
teilung für Frauenarbeit des Arbeitsministeriums im Einver-  
nehmen mit den Schulbehörden übernommen.

Auskunft über diese Ausbildungsgelegenheiten sowie über  
Berufsberatungstellen usw. erteilen die Bezirksschulämter.

#### Kirchliche Verfassungsfragen.

ep. Um die Erörterung über den Neuaufbau der kirch-  
lichen Verfassung in Fluß zu bringen, fand am 16. d.  
Mts. in Stuttgart eine Besprechung zwischen Vertretern sämt-  
licher evangel. Landesverbände und den Mitgliedern des  
Stuttgarter Kirchlichen Arbeitsausschusses statt. Die Einlei-  
tung bildete ein feindurchdachtes Referat des Kirchenrechtlers  
unserer Landesuniversität Prof. Dr. Schmidt, das wie die  
sich anschließende eingehende Erörterung nicht etwa eine be-  
stimmte Stellungnahme in diesen Fragen herbeiführen, son-  
dern nur zu einer Klärung über die verschiedenen Mögliche-  
keiten der neuen Kirchenverfassung verhelfen sollte. Unter  
der allgemein anerkannten Voraussetzung, daß die evangelische  
Kirche aus geschichtlichen Gründen und wegen ihrer praktischen  
Ziele Volkskirche bleiben müsse und ihre Verfassung den  
Bedürfnissen der Zeit entsprechend auf eine synodale  
Grundlage zu stellen habe, beschäftigte man sich haupt-  
sächlich mit der Frage der Pfarrwahl, der Ausgestaltung  
der kirchlichen Bezirkeverbände (Erweiterung und Abgrenzung  
ihrer Befugnisse gegenüber den Kirchengemeinden), der Stel-  
lung der Landessynode als des wichtigsten Gliedes im Ver-  
fassungsbau, den Aufgaben des Landeskirchenrats (Konfi-  
sialrat) als kirchlicher Verwaltungsbehörde und der Gestaltung  
der obersten Spitze der Kirche (Ausschuß der Landessynode,  
Konfissialpräsident oder evangel. Landesbischof).

#### Kirchenkonzert.

In Hirsau fand die nun hinter uns liegende Festzeit einen them-  
Bedeutung angemessenen Abschluß in einem Kirchenkonzert, welchem  
der Karfreitags- und Oftergedanke zugrundegelegt war. Schon vor  
Beginn der Aufführung füllten sich die Räume unseres Kirchleins  
bis auf den letzten Platz; namentlich hatten sich aus dem freunde-  
nachbarlichen Calw viele Besucher eingestellt. Die dichtgedrängte  
Menge laufte nun den durch die gewölbte Halle sich verbreitenden  
Lampenschalen und, wenn schon die stilvolle Architektur unserer Kirche  
das Auge wohlthuend berührt, so gefellte sich jetzt zu der Augenweide  
ein genussreicher Ohrenschmaus. Die mühevoll eingeübte, Anordnung  
und Leitung hatte unser Organist, Herr Hauptlehrer Hindere,  
übernommen und er lieferte den Beweis, wie auch bei beschränkter  
örtlichen Mitteln Erhebliches geleistet werden kann. Auch zeigte sich  
bei manchem der Sänger und Sängerinnen eine schätzenswerte  
musikalische Veranlagung. Gewaltige Chöre, volltönende sowie zarte  
Einzelstimmen boten eine erfrischende Abwechslung und die Stimmung  
der Sängler und Sänglerinnen von Ernst, in Freud und Leid, brachten  
die sympathischen Saiten im Herzen der Zuhörer in lebhafteste Mit-  
schwingung. In besonders ergreifender Weise gelangte die Petrus-  
klage und die Sorge der Frauen am Grabe zum Ausdruck. Neben  
Herrn Hauptlehrer Hindere schulden wir warmen Dank Herrn  
Manfred Schütz von Calw, der uns sein tüchtiges musikalisches  
können liebenswürdig zur Verfügung stellte, teils in verständnisvoll  
anführender Begleitung, teils in selbständigem Vortrag auf der Orgel.  
Die ganze Vorführung bewegte sich in vollständig überfließendem,  
logisch geordnetem Aufbau. Die Menge der Zuhörer bewies, daß  
eine erhebende musikalische Darbietung unter dem schweren Druck  
der Zeit als erwünschte Begendosis gerne entgegengenommen wird.  
Außer dem Veranstalter und Leiter und den Mitwirkenden gebührt  
auch dem Kirchengemeinderat mit seinem Vorsitzenden, Herrn Pfarrer  
Bastler, für die entgegenkommende Einräumung der Kirche unser  
Dank. Neben dem musikalischen wird ohne Zweifel der finanzielle  
Erfolg befriedigend ausgefallen sein. Die Reineinnahme wird der  
Sammlung für unsere Kriegsgefangenen zugewiesen. W.

ECB. Leonberg, 19. April. Stadtschulrath Reich ist nach  
16 jähriger erfolgreicher Tätigkeit aus Gesundheitsrücksichten in den  
Ruhestand getreten.

Stuttgart, 19. April. Eine Versammlung des Bezirks Westens  
des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart faßte einstimmig fol-  
genden Beschluß: „Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe  
gegen die neuen Versuche der Unabhängigen und Kommunisten,  
die Arbeiterschaft wiederum in einen neuen Generalkrieg hinein-  
zuführen. In der gegenwärtigen Stunde, wo die Heranschaffung von  
Lebensmitteln und Rohstoffen zum Wiederaufbau unserer Volkswirt-  
schaft begonnen hat, schädigt ein Generalkrieg die Lebensinteressen der  
Arbeiterschaft aufs schwerste und bringt uns wirtschaftlichen Tod.  
Die Erfahrungen zeigen, daß die Führer der Generalkriegpropaganda  
diesen Streik zum gewaltsamen Sturz der gegenwärtigen vom Ver-  
trauen der Volksmehrheit getragenen Regierung und zur Aufrichtung  
der Gewaltherrschaft einer Minderheit benutzen wollen. Unter den  
heutigen Verhältnissen bringt ein solcher Streik die Herrschaft des  
lichtscheuen Gefindels mit Plünderung und Lebensbedrohung der  
friedlichen Bevölkerung. Die Versammlung fordert alle Parteigenossen  
auf, das Volksinteresse über das Interesse einzelner Parteien und  
machtklüftner Führer zu stellen und den Streik nicht nur abzulehnen,  
sondern mit aller Schärfe zu bekämpfen.“

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.  
Druck und Verlag der A. Stöcklinger'schen Buchdruckerei, Calw.

#### Neklameteil.

**AMBI-  
Dachstein-Maschine**  
für Handbetrieb  
arbeitet rasch, sparsam und zuverlässig  
Anfragen an:  
**AMBI, Abt. II K**  
Charlottenburg 9

**Städtische  
Lebensmittel-Fürsorge.**  
Heeringe, das Stück zu 40 und 55 Pfg.  
können gekauft werden bei: Lamparter,  
Pfannkuch und Spar- u. Consumverein.

Alle Sorten.  
**Gartensamen, Ge-  
müse- u. Salatfeylinge.**  
Für Gräber schmuck  
**Benfee, Bellis,  
Bergschmeinnicht**  
empfehlen in schöner Ware  
**Philipp Maft, Handels-  
Gärtner, Bahnhofstraße.**

Kleiner, gelber  
**Schnauzer**  
mit weißen Pfoten zugekauft.  
Abzuholen bei  
Eg. Wohlgenuth,  
Bad Liebenzell.  
Verkaufe 3 neue  
**Bienenkästen,**  
Ordnungsmaß, Bienenwaben mit  
Oberbehandlung. Preis 180. M.  
Wer, sagt die Geschäftsstelle  
des Blattes.

**Freiwillige aller Stände**  
melden sich sofort für die Reserve-Sicherheits-  
Kompanie des Oberamtsbezirks Boeblingen,  
Herrenberg, Nagold, Calw (Anmeldung schriftlich  
oder mündlich auf dem Geschäftszimmer der S. R. 4  
Boeblingen, Fliegerlager)

Die Anruhestifter rufen erneut zum Kampf gegen die allein  
rechtmäßige Regierung.  
Wer eintritt für die öffentliche Ruhe und Ordnung,  
wer das staatliche und private Eigentum schützt,  
wer die Sicherheit der Person gewährleistet,  
der meldet sich sofort zur Einstellung bis zur Beseitigung der  
neuen Gefahr drohenden Anruhen.  
Wer zur Zeit nicht abkommen kann, der meldet sich zum  
zweiten Aufgebot, das im gegebenen Falle direkt oder durch  
Vermittlung der Ortsbehörden einberufen wird.  
Bedingungen für die Zeit der Einstellung: Mobile Wohnung,  
5 Mark Tagelohn, Versorgung bei Dienstbeschädigung.  
Böblingen, 21. April 1919.  
**Sicherheits-Kompanie 4, Böblingen,  
Sejersdorf.**

**Entlaufen**  
Ist mir mein  
**Dachshund,**  
geigert mit weißer Brust, in  
der Gegend von Liebersberg.  
Angaben über etwaigen Aufent-  
halt erbittet  
Lehrer Beyl, Sulz,  
D. A. Nagold.

**Bad Teinach.**  
Verkaufe ein 8jähriges  
**Pferd**  
(Rappwallach)  
mittleren Schlags.  
Großhans.

**20 Briefmappen**  
mit 100 ff. Briefbogen und 100  
unbrauchbar. Briefumschlägen  
zusammen Mk. 5.—  
100 Ansichtspostkart. Mk. 2.  
50 Blumenpostkart. " 3.  
50 Glück-Karten " 4.  
50 Bg. Schmirgelp. " 6.  
2 Pfund Bindfaden " 5.  
100 Fliegenfänger " 13.  
Paul Krupps, Freudenstadt  
(Schwarzw.) 81.

**Oberreichenbach.**  
Verkaufe eine  
mit  
**Ziege**  
jungem  
**Christian Reutcher,**  
Fabrikarbeiter.  
Zwei zum erstenmal trüchtige  
**Mutter-  
Schwein.**  
(weiß und blauheck) sehr dem  
Verkauf aus  
Gottlob Mitschke, Dachtel

Calw, den 22. April 1919.

### Todes-Anzeige.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe, gute, treu- besorgte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

## Roſine Dalcolmo Wittve

geb. Mann

unerwartet rasch ſank im Herrn entſchlafen iſt.

Die trauernden Hinterbliebenen:

- Heinrich Dalcolmo mit Frau, Bregenz,
- Emil Dalcolmo mit Familie, Meh,
- Albert Dalcolmo mit Familie, Calw,
- Julius Breitenfeld mit Frau Rosa, geb. Dalcolmo und Kinder, Meh,
- Otto Wid mit Frau Maria, geb. Dalcolmo und Kinder, Meh,
- Heinrich Röhrl und Frau Sofie, geb. Dalcolmo und Kinder, Calw,
- Georg Wolf und Kinder, Calw.

Beerdigung Mittwoch Nachmittag 4 Uhr.

Hirsau, den 19. April 1919.

### Dankſagung.

Für die vielen Beweiſe der Liebe und Teil- nahme, welche wir während der Krankheit und beim Hinſcheiden unſerer ſb. Schwelter und Schwägerin

## Karoline Klemm

erfahren durften und beſonders auch für die troſt- reichen Worte des Herrn Geiſtlichen und für den erhebenden Geſang des Herrn Lehrer, Kirchenchor und Schüler, für die zahlreichen Kranzſpenden und Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte ſprechen wir hienit den herzlichſten Dank aus.

Die trauernden Geſchwister Klemm.  
Der Schwager Karl Reſter.

## Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Platzmangel verkaufe ich am Mittwoch, den 23. April, von morgens 9 Uhr an, im früheren Stadtpfleger Schühſchen Hauſe in der Hermannſtraße gegen Vorzahlung:

- 1 Sofa, 1 ſchwarz. Eiſenſpiegel mit beſſigem Salon- tiſch, 1 kleinen runden und einen anderen Tiſch, 1 Nach- tiſchchen, 1 eiſerne Bettlade, 1 Bettroſt, Sefſel, 2 Liege- ſtühle, zwei Waſchtüſchen, 1 Taſchen- und 1 Wanduhr, Regen- und Sonnenschirm, eine Beerenpreſſe, 1 Wind- maſchine, 2 Fleiſchhackmaſchinen, Bettſtücke, 1 Haipfel, 3 Riſſen, verſch. Küchengeſchirr, Reiſehöcker, Bilder und Spiegel, Linoleum, 1 Haſenſtall, Leuchter, Lampen, ein Werk von Louſſaint-Langenscheid, Selbſtunterricht im Engliſchen und Franzöſiſchen, ſowie 1 Werk von Weiſen- thal-Reinhard, Selbſtunterricht im Italieniſchen, ſowie allgemeinen Hauſrat.

Liebhaber ſind eingeladen. Stadlinventierer Kolb.

Suche ſofort oder 1. Juli in Calw oder Hirsau  
**Villa** mit größerem Garten oder  
ſonſt geeignetes Wohnhaus  
zu mieten oder gegen Caſſa zu kaufen.  
Angebote mit Preisangabe an die Geſchäftsſtelle d. Bl.

**Landwirte**  
Ihre kaufen bei  
**Maschinen** **Max Zucker**  
**Geräte,** **Maschinen-**  
**Ersatzteile** **Handlung**  
**am Beſten** **Weilderſtadt.**  
Eigene Reparaturwerkſtätte  
Großes Lager.

Freitag, den 25. April, abends 8 Uhr  
im „Badiſchen Hof“ in Calw

## Konzert

veranstaltet von Marie Anne Schmitt  
(Geſang) und Marie Helene Lang  
(Klavier) aus Stuttgart.

Eintritt: 1. Platz Mk. 2.50, 2. Platz Mk. 1.50,  
Offener Platz Mk. 1.—. Karten und  
Programm im Vorverkauf bei W. Witz,  
Frieſengeſchäft, hier.

### Moderne Hausmusik

Gitarre- und Laute-  
Unterricht.

Kurse in 20 halben  
Stunden.

Paul Ollp, Telefon 92.

Zuverlässiges, kinderliebes

### Mädchen,

nicht unter 20 Jahren, das gut  
kochen kann und alle Haus-  
arbeit verſteht, wird in kleinen  
Haushalt, ſpäteſtens bis 1. 5.  
geſucht. Gute Verpflegung und  
guter Lohn. Laufmädchen vor-  
handen. Wo, ſagt die Ge-  
ſchäftsſtelle des Blattes.

### Dienstbotengeſuche

haben in unſerem Blatte  
ſtets Erfolg, da der größte  
Teil der Auflage auf dem  
Land verbreitung findet.

Nach Calmbach geſucht ein  
fleißiges, tüchtiges

### Mädchen

für Küche und Haushalt auf  
1. Mai.  
Nähere Auskunft erteilt  
Frau Dr. Reichel,  
Marktplatz 69.

### Mädchen

das ſchon gedient, für Haus-  
arbeit auf ſofort geſucht.  
Frau Fabrikant Ungerer,  
Dillingen.

### Kräftiger Junge,

welcher das Bäckerhandwerk  
erlernen will, wird in die

Lehre genommen.

Näheres bei

Fr. Bühler, z. „Krone“

Altburg.

Wegzugshalber verkaufe

einen großen

Kleiderkasten, Kinder-

bettlädle mit Koſt, 1

Sofa verſchied. Körbe

u. a. m.

Obere Vorſtadt 242, I. St.

## Färbe

zu Hauſe

mit Stofffarben.

Ritter-Drogerie

Calw.

2 ſchön möblierte

Zimmer

ſerner 1 Wohnzimmer

mit Schlafrum zu vermieten.

Näheres in der Geſch. d. Bl.

Eine ſchöne ſommerliche

Wohnung

mit 2 großen Zimmern, Küche,

Keller, großem Bühnenraum

und Gärtchen bis 1. Juli zu

vermieten. Das Haus ſteht

ganz frei. Zu erfragen in der

Geſchäftsſtelle des Blattes.

Je geleſener ein Blatt iſt,

deſto verbürgter iſt der

Erfolg einer Anzeige.

### Unteres Bgd.

Am Mittwoch nachmittag, den 23. April werden im  
u. Bad

4,35 Feſtm. Hagenbuchen, 4.—6.

Klaſſe, 0,90 Feſtm. Linde 5.—6.

Klaſſe, 0,27 Feſtm. Akazien 6. Kl.

verkauft.

Liebhaber ſind eingeladen.

P. Höfer, Bad Liebenzell.

Wilhelm Müller

Alwine Müller,

geb. Anorpp

Vermählte

Calw

ſtern 1919

Schlerdingen

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und  
Bekanntte zu unſerer am Donnerstag, den 24.  
April ſtattfindenden

## Trauung

freundlichſt einzuladen.

Jakob Pfrommer,  
Belberg.

Helene Holzäpfel,  
Igelſloch.

Kirchgang 11 Uhr in Liebenzell.

Liebenzell.

Statt jeder besonderen Einladung.

## Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und  
Bekanntte zu unſerer am Samstag, den 26. April  
1919 im Gaſthaus z. Lamm in Liebenzell  
ſtattfindenden

## Hochzeits-Feier

freundlichſt einzuladen.

Eugen Sattler,

Sohn des Soh. M. Sattler, Privatier in Liebenzell.

Lydia Faas,

Tochter des Jakob Faas, Löwenwirt in Liebenzell.

Kirchgang 1 Uhr.

## Statt besonderer Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und  
Bekanntte zu unſerer am Donnerstag, den 24.  
April 1919, ſtattfindenden

## Hochzeits-Feier

im Gaſthaus zum „Lamm“ in Altburg freund-  
lichſt einzuladen.

Georg Sackenheimer,

Sohn des † Sak. Sackenheimer in Alzenberg

Marie Sackenheimer, geb. Pfrommer,

Tochter des † Sak. Fr. Pfrommer in Altburg.

Kirchgang 1/2 12 Uhr.

## Privat-Tanzstunde.

Zu dem am 28. April beginnenden Tanzaus  
können ſich noch

einige Herren und Damen anmelden.

Tanzlehrer Giacomino, Lederſtraße 176.



## Faß

zu kaufen oder lehnungsweise.  
80—120 Liter haltend.

Zu erfragen in der Geſchäfts-  
ſtelle d. Bl.

Sämtliche

## Haararbeiten

fertigt rasch und billig

J. Odermatt Friſeurmeiſter  
Calw.

## Holz.

Zu verkaufen

3 Loſe

im Nord. Brühlberg. Nächſt-  
gelegene Fahrſtraße Leinach-  
ſtraße. Zu erfragen bei der  
Geſchäftsſtelle des Blattes.

Der heutigen  
Nummer liegt ein Flug-  
blatt „Demokratie und  
Mittelſtand“ bei.